

gerschaft für fünf Jahre „auf Probe“; nach Ablauf dieser Frist jedoch soll sich der Betreffende wiederum entscheiden müssen - ist kein Schritt in diese Richtung.

Als notorische Optimistin, aber auch ermutigt durch Ihre Teilnahme an der Trauerfeier in Köln¹⁾ - im Gegensatz zu Herrn Kohl, dem dies wie schon zuvor in Rostock und Mölln weder ein persönliches noch ein politisches Anliegen war -, hatte ich auch nach der erwähnten Entscheidung des Bundestags noch die Hoffnung, daß Sie sich im Rahmen der Ihnen kraft Ihres Amtes gegebenen verfassungsrechtlichen Möglichkeiten weigern würden, dieses Gesetz auszufertigen. Ich hatte mich am 8. Juni 1993 auch dem Offenen Brief von Günter Grass und Peter Rühmkorf²⁾ angeschlossen und Sie dringlich um diesen - zugegeben außergewöhnlichen - Schritt gebeten, der nicht nur in der Weltöffentlichkeit, sondern vor allem in diesem Land selbst als ein Zeichen verstanden würde und vielleicht Schlimmeres verhüten hätte helfen können.

Meine Hoffnung hat mich getrogen: Sie konnten sich nicht dazu entschließen. Nachdem die Entscheidung des Bundestages durch Ihre Mitwirkung nun Gesetzeskraft erlangt hat und das menschenrechtliche Fundament unserer Verfassung in seinen Grundfesten erschüttert ist, kann ich es mit meinem Gewissen nicht mehr vereinbaren, eine Auszeichnung dieses Staates zu tragen, die mir noch dazu ausgerechnet für das Eintreten für die Rechte von politisch Verfolgten verliehen worden ist - ich will ihm nicht als menschenrechtliches Alibi dienen.

Hochachtungsvoll!

Alisa Ilse Fuss

Abriß, Umwidmung und Restauration

Zwei Dokumente zum Umgang mit politischen Denkmälern im neuen Deutschland aus Anlaß der Berliner Schloßsimulation im Sommer 1993

Seit dem 1. Juli d. J. steht im Zentrum Berlins die 100 Meter breite und 31 Meter hohe Simulation einer Fassade - auf 40 bemalten Kunststoffplanen ist das Äußere jenes Hohenzollernschlosses aufgemalt, dessen kriegszerstörte Überreste 1950 gesprengt worden waren und an dessen Stelle zu DDR-Zeiten der Marx-Engels-Platz und später der „Palast der Republik“ traten. Ein 40 Meter breiter und 25 Meter hoher Spiegel verlängern die Attrappe so weit, daß der zum Abriß designierte „Palast“ der untergegangenen Republik optisch bereits eliminiert wird. Die Kosten der Vorspiegelung in Höhe von etwa 4 Mio. DM tragen u. a. die Olympia Bauunion, Thyssen, BMW, die Bayerische Vereinsbank, Springers „Welt“, die Schering AG und andere Sponsoren, die der Hamburger Unternehmer Wilhelm von Boddien als Vorsitzender des „Fördervereins Berliner Stadtschloß“ für die geschichtsbildnerische Nachhilfestunde gewonnen hat. Von Boddien ist der wohl energischste Förderer der u. a. von Wolf Jobst Siedler initiierten Kampagne für eine architektonische Berichtigung der Kriegs- und Nachkriegsgeschichte durch Palastabriß und Schloßrestauration im designierten Regierungszentrum der neuen Bundesrepublik.

Unter dem Titel „Zu schön, um wahr zu sein“, befaßte sich in Heft 3/1993 Heinrich Moldenshardt mit dem „Geschichtsaufbau Ost“, der Schloßaufbaukampagne und jenem „Loch“ in der Mitte Berlins, das nun einmal zu wahr sei, um schön zu sein.

¹⁾ Auszüge aus der Kölner Ansprache des Bundespräsidenten vom 3. Juni 1993 in „Blätter“, 7/1993, S. 896 f. D. Red.

²⁾ Wortlaut des offenen Briefes von Günter Grass und Peter Rühmkorf in „Blätter“, 7/1993, S. 897. D. Red.

Am Vorabend der Wiederaufrichtung eines überdimensionalen Reiterstandbilds des Hohenzollernkaisers Wilhelm I. am Zusammenfluß von Mosel und Rhein und nach der Einweihung der im Rekordtempo errichteten neuen Eibbrücke in Torgau, der jetzt prompt der Abriß der historischen Brücke - dort gedachten bekanntlich alljährlich Amerikaner und Russen ihrer historischen Begegnung im Jahre 1945 - folgen wird, möchten wir mit zwei dokumentarischen Texten dazu beitragen, die Umrisse einer Debatte zu verdeutlichen, auf die wir zurückkommen werden. D. Red.

**Thesen über das Berliner Schloß,
vorgelesen von Goerd Peschken, Hochschule für Bildende Künste Hamburg, auf einer Veranstaltung der (West-)Berliner Akademie der Künste „Zum Umgang mit der historischen Mitte Berlins“ am 1. Februar 1993 (Auszug)**

1. Zwischen dem Alten Museum und dem ehem. Staatsrat, wo genau in der Mitte der Stadt das Schloß gestanden hat, klafft ein Loch. Dies Loch ist nicht größer als andere freie Räume, an die wir durch den modernen Städtebau gewöhnt sind. Die Abscheulichkeit des Lochs muß an der Situation liegen.
2. Die Situation besteht darin, daß die Umgebung vom Theodor-Heuss-Platz bis zum Alexanderplatz auf das Schloß bezogen war; in der vorwiegenden Westrichtung war diese Umgebung überhaupt eigens auf das Schloß hin angelegt worden. Kein Wunder, daß ohne den Mittelpunkt alles auseinanderfällt.
3. Diese zentrale Wunde kann befriedigend nur durch Rekonstruktion des Schlosses geheilt werden. Nachdem seit 350 Jahren die besten Planer und Architekten Brandenburg-Preußens die Situation ausgebildet haben, gibt es da nichts mehr zu entwerfen. Die letzten gelungenen Zufügungen und Umdeutungen sind Schinkels Brücke, Museum und war seine Bauakademie. Stracks Kronprinzenpalais, Raschdorffs Dom und Ihnes Marstall sind schon Entstellungen.
4. Unter dem kunsttheoretischen Aspekt (der die Akademie-Klasse für Baukunst am meisten interessieren wird) muß man sich vergegenwärtigen, daß Denkmalpflege und Rekonstruktion selbstverständliche Mittel des modernen Städtebaus sind, im Prinzip schon seit der Aufklärung, bei uns seit 200 Jahren. Übrigens ist in der Kunst erlaubt, was denkbar ist.
5. Ältere Epochen - Gotik, Renaissance, Barock bis zum Rokoko - haben Ersatzbauten fast immer im Stil der eigenen Zeit erstellt. Sie vermochten jeweils die Inhalte aus sich heraus erneut zu reproduzieren. Die bürgerliche Epoche ist sich bewußt, daß bestimmte Inhalte ein für allemal vergangen sind. Um ihr Gedächtnis als einen Teil unserer Herkunft zu bewahren, hat die bürgerliche Epoche die öffentlichen Museen und die Denkmalpflege entwickelt, die den älteren Epochen unbekannt gewesen sind.
6. Daß heutige Architekten eine Fassade wie die des Schlosses nicht entwerfen können („kritische Rekonstruktion“), liegt nicht an Mangel schöpferischer Kraft. Es liegt an dem vergangenen Inhalt. Die Wohnung des Königs, des Gesalbten des Herrn und Stellvertreters Gottes auf Erden, war in hohem Grade sakral. Diese Sakralität kann kein Moderner reproduzieren. Auf ihre Erinnerung wollen wir aber nicht verzichten, und nicht nur deswegen, weil das Schloß die edelste Architektur ganz Preußens und eben auch Berlins gewesen ist.
7. Das Schloß repräsentierte den Staat Preußen, ist als Monument von dessen Gründung (18. 1. 1701) in die endgültige Form gebracht worden (die beiden ersten Könige als Bauherren, Schlüter, Eosander, Böhme als Architekten). Vorher repräsentierte es Kurbrandenburg, war seit der Reformationszeit Hauptresidenz.
8. Das Schloß erklärte architektonisch, wieso Berlin Hauptstadt geworden ist. Was Berlin angeht, kann es nicht richtig sein, Hauptstadt sein zu wollen, aber nicht wissen zu wollen, wie das gekommen ist. Verdrängung resultiert in Verkrampfung und Deformation. Deswegen braucht Berlin den Bau.

9. Weil aus Preußen der (klein-)deutsche Nationalstaat hervorgegangen ist, repräsentierte das Schloß auch diesen (Reichstageröffnungen mit Bismarcks Thronreden, Staatsfeste, Wohnung des letzten Kaisers). Wir haben kürzlich den Rumpf, die Substanz dieses deutschen Nationalstaats wiedergeschickt bekommen und leben darin. Was die neue Bundesrepublik angeht, so kann es nicht richtig sein, in ihr leben zu wollen, aber zu verdrängen, wie sie zustande gekommen ist. Deswegen braucht die neue Bundesrepublik den Bau.

10. Weil die Erinnerung an das Zustandekommen des deutschen Nationalstaats verdrängt werden sollte, hat Ulbricht die Schloßruine abbrechen lassen. Ich sehe nicht, weswegen wir diese Barbarei in den Rang eines Geschichts-Heiligtums erheben müßten.

11. Das Schloß, seit der Novemberrevolution 1918 sozusagen in Pension, hat mit Hitlers Großdeutschland nichts zu tun gehabt. Ich sehe nicht, wie es jetzt mit Neofaschismus zusammenhängen würde. Übrigens gibt es prinzipiell nichts, was nicht mißbraucht werden könnte.

12. Wenn die neue Bundesrepublik ihre Herkunft nicht verdrängen will, könnte der Repräsentant der Staatsidee, der Bundespräsident, oder könnte auch der Bundesrat das Schloß beziehen (niemals aber dürfte die Exekutive sich die hierarchische Tradition anmaßen). Die Empfangshöfe böten übrigens Sicherheitszonen, ohne das Stadtleben zu behelligen. Eine geeignete Nutzung wäre auch das deutsche Historische Museum gewesen.

Bericht der Kommission zum Umgang mit den politischen Denkmälern der Nachkriegszeit im ehemaligen Ost-Berlin vom 15. Februar 1993 (Auszug)

Kriterien für den Umgang mit den politischen Denkmälern aus der Zeit der SED-Herrschaft

1. Daß die herrschenden Kräfte einer Gesellschaft ihrem Verständnis von Geschichte und Politik unter anderem in Form von Denkmälern Ausdruck verleihen, ist seit dem 19. Jahrhundert üblich und grundsätzlich legitim. Denkmäler sind eine Form des öffentlichen Umgangs mit Geschichte, in der sich zugleich Gegenwartsinteressen und Zukunftsvorstellungen spiegeln.
2. Das durch Denkmäler vermittelte Geschichtsbild kann offen oder geschlossen, pluralistisch oder exklusiv sein. In einer autoritär oder diktatorisch verfaßten Gesellschaft wird dieses Geschichtsbild von oben verordnet, während es in einer demokratischen Gesellschaft das Resultat eines öffentlichen Diskussionsprozesses, eines mündigen Umgangs der Bürger mit ihrer Geschichte sein sollte.
3. Wenn ein Herrschaftssystem verfällt oder gestürzt wird, verlieren die von ihm geschaffenen Denkmäler, so weit sie der Legitimation und Festigung des Herrschaftssystems dienten, grundsätzlich ihre Existenzberechtigung. Das gilt insbesondere dann, wenn es sich bei dem untergegangenen System um eine Unrechts- und Gewaltherrschaft handelt, die von den Bürgern des nachfolgenden politischen Systems entschieden abgelehnt und verurteilt wird.
4. Wenn politische Denkmäler die Umbruchphase zwischen zwei politischen Systemen überstanden haben, wenn sie nicht zum Gegenstand des „revolutionären Volkszorns“ oder des spontanen „Bildersturms“ geworden sind, gelten für die Diskussion und Entscheidung über ihre Weiterexistenz die üblichen Verfahrensregeln der neuen Ordnung.
5. Denkmäler, die ausschließlich der Selbstdarstellung und ideologischen Überhöhung der kommunistischen Diktatur bzw. der Verherrlichung ihrer Machthaber und Funktionsträger dienen, haben (ebenso wie entsprechende Straßennamen) in einer demokratischen Gesellschaft keinen Platz mehr. Sie stellen darüber hinaus eine Provokation für die Opfer des SED-Regimes dar.
6. Bei der großen Mehrzahl der politischen Denkmäler handelt es sich jedoch um solche, die an Personen und Ereignisse vor Beginn der SED-Herrschaft erinnern, diese Erinnerung jedoch in den Dienst der Traditionsbildung und Legitimation der SED stellen. Die Erinnerung an die